

## Die Schweiz stößt an die Grenzen der Neutralität

Berns Verbot, Waffen an die Ukraine abzugeben, ruft international zunehmend Unverständnis hervor

Die Schweiz hat sich die internationale Kritik in der vergangenen Woche selbst ins Haus geholt: Viele der prominenten Gäste, die zum Weltwirtschaftsforum nach Davos gereist waren, kritisierten das Land vor Ort deutlich für seine Haltung im Ukraine-Krieg. Denn die Schweizer liefern nicht nur selbst keine Waffen an die Ukraine, sie haben mit Dänemark, Deutschland und Spanien auch drei EU-Ländern untersagt, Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion an Kiew weiterzugeben.

VON VIRGINIA KIRST  
AUS ROM

Im Fall Deutschlands betrifft das Verbot Munition für Gepard-Panzer, die die Bundesregierung an Kiew liefern wollte und wofür sie Bern gleich zweimal um Erlaubnis gebeten hatte. Doch der Schweizer Bundesrat lehnte die Lieferung beide Male mit dem Verweis auf die Neutralität des Landes sowie das Kriegswaffengesetz ab, das den Export militärischer Güter in Kriegsgebiete ebenso kategorisch untersagt wie die Weitergabe solcher Güter über Drittstaaten. Diese Weigerung löste große Kritik in Davos aus, was die Schweizer in ihrer Vehemenz offenbar überraschte. So kommentierte ein Journalist vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) in den TV-Nachrichten, dass die Ausfuhrblockade „ein erstaunlich großes Thema“ vor und hinter den Kulissen gewesen sei.

In der Tat sagte nicht nur der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), es wäre „gerecht und hilfreich, wenn die Schweiz Munition zur Verfügung stellen würde“. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kritisierte, dass Enthaltung und Abseitsstehen in diesem „grausamen Krieg“ keine Option seien. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg rief alle Staaten dazu auf, „mitzuhelfen, der Ukraine militärische Unterstützung zu geben“.

Und der finnische Außenminister Pekka Haavisto erklärte Schweizer Medien, wieso sein Land sich von der Neutralität verabschiedet und der Nato angeschlossen habe. Haavisto und Stoltenberg vertraten dabei die Ansicht, dass es in dieser Frage nicht um Neutralität – also die Enthaltung im Kriegsfall – gehe. Sondern um das „Recht auf Selbstverteidigung, das in der UN-Charta verankert ist“, wie Stoltenberg sagte. Schließlich gebe es bei der russischen Invasion in der Ukraine nicht zwei gleiche Seiten, sondern einen Aggressor und ein Opfer.

Der internationale Druck auf die Schweiz ist groß – und er wächst weiter. Doch die Regierung in Bern tat, als sei nichts geschehen: So bilanzierte Bundespräsident Alain Berset laut „NZZ“ nach dem Treffen der globalen Elite in Davos, dass die Schweizer Position zur Neutralität dort „sehr gut verstanden worden“ sei. Berset wehrte auch die Argumentation eines europäischen Spitzenpolitikers ab, der am Rande des Treffens Zeitungsberichten zufolge gesagt haben soll, dass sich die Schweiz im Ukraine-Krieg mitschuldig mache, wenn sie Waffenlieferungen mit dem

Argument der Neutralität verhindere. Dazu sagte der Bundespräsident, die Schweiz habe eine besondere Rolle zu spielen und man müsse nicht alles auf den Kopf stellen. Doch aus dem Ausland betrachtet ist die Schweizer Position zunehmend schwer nachvollziehbar.

„Im Ausland begreift niemand mehr die Argumentation der Schweiz zum Thema Neutralität. Das konnte man in Davos beobachten“, sagt Sacha Zala, Geschichtsprofessor an der Universität Bern. Er vertritt die Ansicht, dass das Waffenlieferungsverbot ein selbstgemachtes Dilemma sei, aus dem die Schweiz sich derzeit nur schwer befreien könne. Das Verbot stelle deshalb ein Dilemma dar, weil die Schweiz sich einerseits als humanitäre Nation verstehe: Als Heimatland der Hilfsorganisation „Rotes Kreuz“, das entscheidend zur Entwicklung des Völkerrechts beigetragen habe, weil es als kleines Land ein Interesse an einer friedlichen Welt habe. Dem stünde das Selbstverständnis gegenüber, seine Außenpolitik von den Grundsätzen der Neutralität leiten zu lassen, die in der Schweizer Verfassung festgeschrieben sind.

Von der Neutralität glaubt Zala wiederum, dass sie seit dem Ersten Weltkrieg zu einem „zentralen identitätsstiftenden Moment mit einem Eigenleben“ geworden sei. So wiege etwa bei der älteren Generation die Tatsache schwer, dass die Schweiz dank der Neutralität die Verwicklung in zwei Weltkriege vermeiden konnte. „Es wird als großer Erfolg gesehen, dass die kleine Schweiz seit der Gründung des Bundesstaats 1848 Jahren keine Kriege mehr geführt hat.“

Zusätzlich würde die Neutralität auch politisch instrumentalisiert: „Die rechtskonservative SVP bemüht die Neutralität als Bremse in der Außenpolitik und will damit eine für ihren Geschmack zu offene Schweiz verhindern, die Linke hingegen für schärfere Verbote von Waffenexporten“, erklärt Zala. Dabei sei die Neutralität rein völkerrechtlich betrachtet kein Hindernis für die Waffenlieferungen. „Die Haager Konventionen von 1907 würden dies durchaus erlauben“, sagt Zala. Das Problem für die Regierung sei also keinesfalls die Neutralität, sondern das Kriegswaffengesetz, das Waffenexporte in Kriegsgebiete untersagt. „Das Parlament könnte aber das Gesetz durchaus revidieren“, so der Experte.

Um eine solche Gesetzesänderung umzusetzen und Exporte unter bestimmten Bedingungen zu erlauben, muss aber erstens der politische Wille vorhanden und zweitens die Unterstützung der Bevölkerung sicher sein, weil diese die Reform sonst mit einem Volksentscheid wieder rückgängig machen könnte. Zumindest was den ersten Punkt angeht, gibt es derzeit bereits Bewegung im Land. So meldete vergangene Woche die „NZZ am Sonntag“, dass Politiker verschiedener Parteien einen Vorstoß zur Lockerung des Gesetzes vorbereiteten. Er könnte dem Bericht zufolge bereits Anfang Februar diskutiert werden. Möglich, dass die Appelle der Weltgemeinschaft aus Davos am Ende dazu beitragen, dass auch die öffentliche Meinung für eine Änderung des Gesetzes eintritt.